

Zeitschrift: Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse =
Gazetta militare svizzera

Band: 72=92 (1926)

Heft: 6

Artikel: Die militärische Lage der Schweiz

Autor: Biberstein, Arnold

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-5392>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

In *Gewaltmärschen*, welche noch heute die Bewunderung jedes Truppenführers hervorrufen, geschah der Aufmarsch unmittelbar am Feinde. Nach kurzer Rast wurde die Truppe unter geradezu vorbildlicher *Ausnützung des Geländes* verdeckt bereitgestellt, nach wohlüberlegtem Angriffsplane *gegliedert* und dann *überraschend* losgelassen. Wohl gelang es dem Feinde, nach dem ersten Schrecken den Widerstand, sogar in teilweise befestigter Stellung, zu ordnen; aber entschlossene Führung und unaufhaltbare Stoßkraft überwanden die Krisis des Angriffs und machten den Ueberraschungserfolg zum vernichtenden Sieg.

Und neben diesem wunderbaren Angriffserfolge steht bei Murten nicht minder ehrenvoll der *Verteidigerwille* der Belagerten von Murten. Wie die Besatzung des Städtchens vom Kommandanten bis herunter zum geringsten „Knecht“ einmütig entschlossen war, auszuhalten bis zum letzten Manne, koste es, was es wolle, und mit dem eigenen Leibe die zerschossenen Mauern ersetzte, gehört ebenfalls zu den schönsten Taten der alten Eidgenossen.

Ausdauer, Beweglichkeit, Geländebenützung und unüberwindlicher *Wille zum Siege* einer — nicht zu vergessen! — *vorzüglich ausgebildeten, volkstümlichen Infanterie*, die sich nicht als Werkzeug, sondern als Trägerin des Kriegszieles fühlte, haben, militärisch betrachtet, die Entscheidung gebracht, nicht zahlenmäßige oder materielle Ueberlegenheit.

Gewiß sind die Zeiten anders geworden; die *Taktik* der Sieger von Murten hat schon ein Menschenalter später auf den Schlachtfeldern der Lombardei versagt. Aber nicht anders geworden ist der Mensch: die *Soldaten- und Führereigenschaften* der Sieger von Murten sind auch im Hexenkessel der modernen Materialschlacht entscheidend und werden es immer bleiben. Sorgen wir, daß sie in unserem Heere erhalten bleiben. Voraussetzung dafür aber ist, daß *im ganzen Volk* der *Wille zur Wehrhaftigkeit* lebendig bleibt. Aller modernen Schwächlichkeit und Hoffnungslosigkeit wollen wir den Geist derer *in Murten* und *vor Murten* stets vor Augen halten als leuchtendes Beispiel für alle Zeiten.

Die militärische Lage der Schweiz.

Von Oberstkorpskommandant *Biberstein*, Kommandanten des 3. A. K.,
Bern.

Die Überschrift meines Aufsatzes ist etwas weit gefaßt. Das Thema ist außerordentlich weitschichtig; denn es umfaßt in seiner Gesamtheit das ganze Gebiet der innern und äußern Politik, die Weltwirtschaft, die Rolle des eigenen Landes in derselben, die geographischen und militärischen Verhältnisse in Beziehung zu den Nachbarländern und teilweise noch über dieselben hinaus. Nicht

zum mindesten kommt schon im Frieden, und erst recht im Kriege, die moralische und geistige Einstellung des ganzen Volkes zur Wehrfrage und zum staatlichen Existenzwillen zu ausschlaggebender Geltung.

Über alle diese Faktoren ein umfassendes Bild zu geben, ist im Rahmen eines kurzen Aufsatzes unmöglich. Meine Gedankenreihe bewegt sich deshalb innerhalb der zunächst liegenden militärpolitischen Betrachtungen.

Unser Land ist keine von jedem Festland weit entfernte Insel im Weltmeere mit starker Seegeltung und schwer bewehrten Küsten zu wirksamer Verhinderung jeglicher Landung, sondern ein eng umschlossener Binnenstaat, der früher, als er noch von vier Großmächten umgeben war, als eine Insel in gewissem Sinne gelten konnte.

Vor dem Weltkriege war unsere militärpolitische Lage zu den Nachbarstaaten verhältnismäßig einfach. Die beiden großen Bündnisgruppen hatten zu Beginn eines Krieges keine besonderen militärpolitischen und wirtschaftlichen Interessen, unsere Neutralitätspolitik gewaltsam anzutasten. Aus den bis jetzt bekannt gewordenen Akten über die Vorbereitungen zum Weltkrieg geht bloß hervor, daß der italienische Generalstab seinerzeit dem deutschen Generalstab den Vorschlag machte, die ins Elsaß zu transportierende 3. Armee durch die Schweiz fahren zu lassen. Der Bau der Gotthardbefestigungen und das deutsche Interesse an der schweizerischen Neutralität führte zum Verzicht des deutschen und italienischen Generalstabs auf diese Operation.

Die Gefahr, daß unser Gebiet von kriegführenden Parteien betreten würde, trat immer erst im Verlaufe eines Krieges in die Erscheinung. Wie 1871 die Bourbakiarmee als Gefangene die Grenze zu überschreiten gezwungen war, ebenso wäre 1914 die Möglichkeit einer Grenzverletzung nahe gestanden, wenn der großangelegte aber schlecht ausgeführte Plan der Deutschen gelungen wäre, die Franzosen von Paris ab und gegen Osten zu drängen. Im spätern Verlaufe des Krieges hätte eine Umgehung der stark ausgebauten Fronten, sowohl im Westen als auch im Südosten, den Konfliktfall mit der Schweiz herbeiführen können.

Im Jahre 1916 errichtete bekanntlich die italienische Heeresleitung längs der ganzen Schweizergrenze eine fast ununterbrochene, dichte und tief gestaffelte Befestigungslinie, angeblich aus der Besorgnis heraus, daß die Schweiz einem Durchmarschbegehren von deutscher Seite unter Umständen nachgeben könnte. Damit wären nicht nur die gesamten rückwärtigen Verbindungslinien der gegen Oesterreich-Ungarn operierenden italienischen Armeen, sondern auch ganz Oberitalien schwer bedroht gewesen.

Man traute demnach der schweizerischen Neutralitätserklärung nicht recht. Man weiß auch, daß auf französischer Seite eine sogenannte Reservearmee um Besançon herum zum Zwecke bereit

gestellt war, den Flankenstoß gegen einen deutschen Einmarsch in die Schweiz zu vollführen.

Mit dieser historischen Feststellung möchte ich ausdrücklich betonen, daß, meiner Kenntnis der Dinge nach, keiner der kriegführenden Parteien zum vorneherein eine beabsichtigte Verletzung unserer Neutralität zugeschrieben werden darf. Es handelte sich um Vorsichtsmaßnahmen, die jeder vorausschauende Staat treffen muß.

Durch die sogenannten Friedensverträge wurden politisch und wirtschaftlich mächtige Staatswesen von Weltgeltung entweder ganz zertrümmert, wie Oesterreich-Ungarn, oder auf einen beschränkten Teil des europäischen Kontinents zusammengepreßt, wie Deutschland. Und ein gewaltiges, nicht homogenes, unter der Despotie zusammengehaltenes Reich, wie Rußland, das einem zivilisatorischen Aufschwung entgegenzugehen schien, wurde zerstückelt und in die schwer definierbare Form einer kommunistischen Oligarchie eingezwängt.

Unter der Herrschaft der Friedensverträge entstanden eine Menge größerer und kleinerer Staatswesen mit ihren Vorteilen und Nachteilen. Ob sie alle lebensfähig sein werden, wird sich im Laufe der Zeit erweisen. Wenn vor dem Weltkriege die Schaffung großer Wirtschaftsgemeinschaften unter gemeinsamer politischer Leitung als im Weltverkehr einzig mögliche Organisation anerkannt und erstrebt war, so dürfte das gleiche Prinzip nach einer nicht vor auszusehenden Reihe von Jahren gewiß wieder zum Durchbruch kommen. Alle künstlichen Mittel, um der allenthalben herrschenden Finanzmisere abzuhelpen, dürften auf die Dauer ihre Wirksamkeit besonders dort verlieren, wo finanziell und wirtschaftlich schwache Staatswesen ihren politischen Unabhängigkeitswillen durchzusetzen versuchen. Vereinigungen zu Bundesstaaten, ähnlich dem der Schweiz, dessen endgültige Zusammensetzung eine Entwicklungsperiode von Jahrhunderten in politischer und wirtschaftlicher Interessengemeinschaft hinter sich hatte, kommen wahrscheinlich kaum mehr in Frage, dagegen eher Bündnisse, deren Wert von vorübergehender Dauer ist, oder dann Annexionen der kleinern Staaten durch größere.

Die Friedensverträge mit ihren kunstvollen Staatengründungen machten dem lange gepriesenen europäischen Gleichgewicht ein Ende. Die Siegerstaaten wurden mehr oder weniger Großmächte, und die kleinern Neugründungen wurden ihren Schöpfern zu Dank verpflichtet und abhängig. Das schließt nicht aus, daß einige unter ihnen mit der praktizierten Geographie sich keineswegs befriedigt erklären, sondern von imperialistischen Gelüsten beherrscht sind. Wo die gegenseitigen Interessen nicht allzu weit auseinandergingen, wurden, trotz Völkerbund, Bündnisse geschlossen, die früher oder später zur Auswirkung kommen — oder auch versagen können.

Die Erwerbung sogenannter strategischer Grenzen, oder zum mindesten die Angliederung deutscher Völkerstämme, diene zur Er-

füllung territorialer Forderungen. Dabei mag die Erwägung wegleitend gewesen sein, daß einerseits die militärische Ohnmacht Deutschlands keine Rückeroberungen erwarten läßt und andererseits vermutet wird, daß die Deutschen sich rasch in fremden Staatswesen assimilieren.

Wie dem auch sei, so ergibt sich für uns die Erkenntnis, daß wir kein von aller Welt losgelöstes Staatswesen sind, das nicht durch Geschehnisse in andern Staaten zu politischer und militärischer Tat berufen werden könnte.

Wenn wir während eines Jahrhunderts von kriegerischen Verwicklungen verschont blieben, so gibt die Zukunft für den „ewigen Frieden“ unserer Heimat keine Garantie. Sogar der Völkerbund befreit uns nicht von der Verpflichtung, unsere Neutralität unter gegebenen Verhältnissen mit Waffengewalt aufrecht zu halten.

Mit politischen Überraschungen ist nach wie vor zu rechnen. Ja, sie erfreuten sich bei den militärisch mächtigen Staaten bis in unsere Tage in der hohen Diplomatie, trotz der einschränkenden Tendenzen der Völkerbundsakte, hoher Beliebtheit. Auch finanzielle Schwierigkeiten sind nicht imstande, kriegerische Unternehmungen zur Geltendmachung politischer und wirtschaftlicher Machtinteressen zu verhindern.

Zur Bekräftigung des Gesagten möchte ich in Erinnerung rufen, wie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in jedem Jahrzehnt einige Kriege entweder auf dem europäischen Kontinent oder sonstwo auf der Erdkugel tobten, wobei fast immer europäische Mächte beteiligt waren.

Der Weltkrieg fing eigentlich nicht erst im Jahre 1914 an, sondern schon mit dem Buren- und dem Mandschurischen Kriege, der jungtürkischen Revolution, dann mit dem Tripoliskrieg, dem Balkankrieg und dem marokkanischen Interessenstreit. Jetzt ist er noch nicht zu Ende; denn Kriegszustand herrscht beständig in Marokko; die sogenannten Mandatstaaten sind Erzeugnisse der Weltfriedensverträge und verfolgen den edeln Zweck, der gläubigen Welt äußerlich beizubringen, daß die Kultursegnungen europäischen Ausmaßes und die wirtschaftliche Ausbeutung militärisch schwachen Ländern nicht vorenthalten werden dürfen.

Der durch den Weltkrieg bei afrikanischen und asiatischen Völkern entfachte Gedanke des Rassenbewußtseins und des politischen Unabhängigkeitsinnes führte zu den Selbständigkeitsbestrebungen der Aegypter, der Chinesen, der Inder. Die aggressive ausländische Politik der Sowjetherrscher sucht entweder staatliche Organismen in ihren Grundfesten zu erschüttern oder sich Bundesgenossen für ihre Ideen zu schaffen. Zahlreiche Staatswesen leiden unter Versuchen zu gewaltsamer Änderung der Regierungsmacht.

Und der gesetzmäßige Parlamentarismus in großen und kleinern europäischen Staaten geht einigermaßen seines viel gepriesenen,

frühern Ansehens als höchste und wahrhaft demokratische Institution verlustig. Kein Wunder, wenn sich der Kreislauf der alt-römischen Geschichte in unserm Jahrhundert wieder Bahn bricht. Die Konzentration der Kraft und der Gewalt, um fruchtbringende Arbeit zu schaffen, wird als Endziel der antidemokratischen Despotie gepriesen.

Die herrschenden Staatsmänner versichern die Völker beständig ihrer Friedensliebe. Sie unterlassen aber keinen Augenblick, ihre Wehrmacht den voraussichtlichen Zwecken gemäß einzurichten, um den Frieden in ihrem Sinne desto kräftiger zu erhalten. Der Mensch in seinem Wesen und der Staat mit seinen Regierungsmethoden und Machtmitteln ist seit der Völkerbundsgründung nicht anders geworden, als in der Vorkriegszeit.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen über die militärpolitischen Verhältnisse, die dem modernen Militarismus als Grundlage unterschoben werden können, ist notwendig, einen Blick in die Rüstungskammer Europas zu werfen. Auf Details organisatorischer Natur trete ich nicht ein und folge den Angaben des österreichischen Oberstleutnants Wiktorin¹⁾. Es sollen zählen:

	Bat.	Schw.	Btr.	Kampfw.	Flugz.	Kriegsstand	
Frankreich	500	280	800	5,800	2,200	3,5—4	Millionen
Belgien . .	84	28	130	150	250	0,6—0,7	„
England . .	130	60	200	500	1,200	3,5—4	„
Italien . .	300	48	650	200	2,000	3 —3,5	„

Kleine Entente.

Tschecho-							
Slovakei	166	40	320	60	450	1	„
Jugoslavien	160	40	220	?	200	1	„
Rumänien .	200	90	300	90	150	1,5	„
Polen . .	270	180	400	150	250	2 —2,5	„

Ehemalige Mittelmächte.

Deutschland	63	79	72	—	—	0,1	„
Oesterreich	42	6	26	—	—	0,03 ²⁾	„
Ungarn . .	49	15	25	—	—	0,035	„
Bulgarien .	24	12	24	—	—	0,02	„
Rußland . .	500	400	420	100	1,000	6 —8	„

Beizufügen ist, daß die ehemaligen Mittelmächte keine schweren Batterien besitzen dürfen, während bei den Artillerien der andern

¹⁾ „Die Heere Europas. Ein militärisches Handbuch.“ S. diese Zeitschrift S. 139. — Red. —

²⁾ Tatsächlich 22,000 M. — Verf. —

Staaten das Verhältnis der schweren zu den leichten Batterien sich gewöhnlich wie $\frac{1}{2}$ zu 1 oder $\frac{1}{3}$ zu 1 verhält.

Ferner ist die Zahl der leichten und schweren Maschinengewehre bei den ehemaligen Mittelmächten sehr gering im Verhältnis zu den andern Armeen. Frankreich unterhält mit seinen 40 Millionen Einwohnern das mächtigste Heer; dann folgen Rußland, Polen und Italien.

In Prozent der Heeresausgaben im Verhältnis zu den gesamten Staatsausgaben steht Polen mit gegen 40 % obenan, dann Italien mit 21 und Frankreich mit 17 (ohne Flotten).

Deutschland gibt etwa 10 und Oesterreich etwa 7 % aus. Auf Zuverlässigkeit können alle diese Zahlen keinen Anspruch erheben, mit Ausnahme bei Deutschland und Oesterreich, wo die Kontrolle der Entente ausgeübt wird.

Die nordischen Staaten, Schweden und Norwegen, haben milizähnliche Wehrsysteme und sind in ihren Heeresausgaben stark von pazifistischen und sozialistischen Einflüssen abhängig.

Die gänzliche Abschaffung der Armee in Dänemark und deren Ersatz durch eine Polizeitruppe wurde vorläufig verhindert.

Die Randstaaten Rußlands, wie Litauen, Lettland, Estland und Finnland sind in ihren Heeresaufwendungen von Rußland beeinflußt, sodaß sie verhältnismäßig hohe Bestände unterhalten müssen.

In den Siegerstaaten, mit Ausnahme von England, und in allen neu gegründeten Staaten, herrscht die allgemeine Wehrpflicht mit verschiedener Dienstdauer. Sie soll für Frankreich im allgemeinen auf 18 oder 12 Monate herabgesetzt werden, ebenso in Italien.

In den meisten Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht ist die militärische Jugendausbildung gesetzlich geregelt, oft nicht nur für Knaben, sondern auch für Mädchen. Frankreich stellt z. B. jedes Jahr gegen 1,000 Offiziere und Unteroffiziere zu diesem Zweck zur Verfügung.

Die militärische Hilfsdienstpflicht der Frauen ist in Polen für den Kriegsfall gesetzlich festgelegt, und in Jugoslawien besteht eine ähnliche Einrichtung.

Der polnische Schützenverein soll 300,000 Mitglieder zählen. In Italien besteht bekanntlich die ständige Einrichtung einer militärischen Fascistenorganisation, die mindestens so stark ist, wie das reguläre Heer.

Wenn auch nicht anzunehmen ist, daß alle diese Organisationen tadellos funktionieren, sondern an ähnlichen Übeln leiden werden, wie unsere Vorbereitung der Jünglinge für den Militärdienst, so ist doch im Laufe der Jahre die Auswirkung der Organisationen sicher spürbar. Abgesehen von allen Überlegenheiten der Zahl, des Materials, der verkehrstechnischen und militärischen Organisationen ergibt sich für die freien Staaten das Recht, sich ihr Heerwesen ganz nach Belieben einrichten zu können und namentlich auch die sonst im

Frieden nicht in Anspruch genommenen Hilfsmittel aller Art für militärische Zwecke vorzubereiten und dienstbar zu machen, ein ungeheurer Vorteil gegenüber den Organisationen der ehemaligen Mittelmächte, die kaum einem einzigen Nachbarn im Kampfe die Stirne bieten könnten und ohne mächtige Bundesgenossen einen Offensivkrieg überhaupt nicht zu führen imstande wären.

Es braucht somit schon einen starken Appell an die Naivität von Laien, um glauben zu machen, irgend einer der besiegten Staaten könnte sich mit kriegerischen Gedanken tragen. Ganze Völker begehen nicht freiwillig Selbstmord. Wohl aber ist der Fall denkbar, daß ein tapferes Volk aus Verzweiflung sich zur Wehre setzt. Dazu aber tut Einigkeit, kräftiges Staatsbewußtsein, zielbewußter Wille und glühende Vaterlandsliebe not, und diese Eigenschaften dürften heutzutage die besiegten Staaten in ihrer Gesamtheit nicht zu großen Taten entflammen. Die Kriegsfurie hat zu lange gewütet, um das allgemeine Elend zu vergessen, und die Ohnmacht in politischer und militärischer Hinsicht ist allzu offenkundig.

Aus der Feststellung dieser Tatsachen ergibt sich für uns die Schlußfolgerung, daß einzelne militärisch schwache Nachbarn für uns eine viel größere Gefahr bedeuten können, als eine gleichmäßig starke, aber gegenseitig in dauernd guten Beziehungen stehende Nachbarschaft oder aber Nachbarn, die in ungleichmäßig guten Beziehungen stehen, aber sich in ihrem Kraftverhältnis gegenseitig die Wage halten.

Es liegt mir ferne, in hoher Politik machen oder gar den Propheten herauskehren zu wollen. Wir alle kennen zur Genüge das Steigen und Fallen des politischen Barometerstandes. Regen bedeutet noch lange nicht Sturm. Allein unsere politischen Erfahrungen nach dem Kriege haben in uns doch das Gefühl erweckt, daß uns durch die Zertrümmerung des ehemaligen politischen Gleichgewichts ein fester Rückhalt verloren ging und unsern staatlichen Interessen und unsern Rechten vom nähern Ausland nicht immer diejenige zarte Rücksicht zu teil wird, auf die wir Anspruch haben. Wir sind mehr auf uns selbst und unsere eigenen Rechts- und Machtmittel gestellt als früher und gleichzeitig mehr vom Wohlwollen oder Uebellwollen mächtiger Nachbarn abhängig.

Die Notwendigkeit der Existenz einer Armee ist darum in die Augen springend. Auswärtige Politik wird in der Güte der Argumente auf der ganzen Welt und zu allen Zeiten durch die Masse der dahinter stehenden Bajonnette kräftig unterstützt. In unserm Falle handelt es sich zwar nie um unbegründete Forderungen nach außen oder gar um territorialen Erwerb, sondern immer nur um Behauptung des uns Gehörenden; aber dazu brauchen wir im Notfall die Armee.

Unser Milizheer wird im Auslande als gleichbedeutend mit einem Volke in Waffen angesehen. Ich möchte wünschen, daß dieser

Glaube nicht nur erhalten bleibe, sondern tatsächlich der Wirklichkeit entspreche. Das ganze Volk muß vom Gedanken durchdrungen sein, daß es berufen sein kann, seine heiligsten Güter bis zum Untergang zu verteidigen. Der Krieg ist in der Miliz keine gesonderte Angelegenheit des Heeres. Jeder muß durch irgendwelche Leistung zur Erreichung des Kriegszwecks beitragen, und die ganze Wirtschaft, Handel und Wandel, müssen der Landesverteidigung untergeordnet werden. Mit andern Worten: jeder Feind muß wissen, daß ihn der Krieg in seiner schärfsten Form, der Volkskrieg, erwartet, wenn er unser Gebiet verletzt. Der Einsatz der ganzen Volkskraft ist das einzige Mittel, um den Kampf um die Existenz mit Erfolg führen zu können, und nebstdem der mächtigste moralische Ansporn zum Kampfes- und Siegeswillen. Der Schwache darf auch vor der Anwendung der wirksamsten Verteidigungsmittel nicht zurückschrecken.

Haben wir uns zu dieser Auffassung des Wesens des Krieges durchgerungen, so ergibt sich die Forderung einer umfassenden Vorbereitung im Frieden. Sie hat sich gesetzmäßig auf die wirtschaftliche, die technische und militärische Organisation und auf die Abwehr der psychischen Massenvergiftung zu erstrecken. Einer der mächtigsten Faktoren des Erfolges im Weltkriege war bekanntlich die Propaganda, die auch vor keiner Lüge zurückschreckte.

Wie bei uns alle diese Dinge geordnet sind, ist bekannt. Auf Einzelnes einzutreten, würde zu weit führen; aber im Ganzen sind wir nicht in der Lage, behaupten zu dürfen, es sei alles aufs Beste geordnet. Abrüstungstendenzen, Pazifismus, grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Landesverteidigung, finanzielle Gründe und die allgemeine Entspannung, die nach dem Weltkriege um uns herum eintrat, waren und sind dem weitem Ausbau des Wehrwesens nicht günstig.

Zwar dürfen wir nicht ungerecht sein und müssen anerkennen, was die Bundesversammlung in den letzten Jahren für die Armee bewilligte. Erst vergangenen Winter fing sie an kritisch zu werden, beeinflußt durch den Locarnopakt und innerpolitische Strömungen.

Besonders heftige Eiferer versteigen sich zu der Behauptung, daß gerade bei uns die Abrüstung dringlich sei. Nun ist überall bekannt, daß wir weder in der Ausbildung noch in der Ausrüstung Luxus treiben, und daß wir eine Verminderung in der Kriegsbereitschaft in irgend welcher Art nicht vertragen. Fremde Offiziere, die unser Wehrwesen zu kennen glauben, und mehr noch solche, die es nicht kennen, halten es zum vorneherein für minderwertig gegenüber Kaderheeren wegen der Kürze der Dienstzeit und des Mangels zahlreicher moderner Kampfmittel. Wenn die Nützlichkeit oder gar Notwendigkeit der letzteren nicht bestreitbar ist, so leisten wir doch bewußt darauf Verzicht. Spekulative Erörterungen über Material und Moral helfen da nichts. Ein zuverlässiges Wert-

urteil hierüber liefert nur der Krieg. Dabei ist nicht zu übersehen, daß der Faktor „Material“ jederzeit fast zuverlässig feststellbar ist, der Faktor „Moral“ dagegen nicht. Wenn wir uns somit in der Beschaffung von Material eine erhebliche Beschränkung auferlegen, so ist damit schon ein gewaltiger Schritt zur Abrüstung getan. Eine gerechte Abschätzung der Aufwendungen für unser Wehrwesen im Vergleiche zu denen anderer Heere wird zur Schlußfolgerung gelangen, daß wir mit bescheidenen Mitteln auszukommen suchen.

Es bliebe noch zu untersuchen, inwiefern unsere militär-geographischen Verhältnisse und die möglichen politischen Aspirationen irgend eines unserer Nachbarn sich auswirken könnten, um uns zur Abwehr zu nötigen. Hierauf näher einzutreten erübrigt sich im Rahmen dieses Aufsatzes. Militärgeographische Betrachtungen könnten ins Endlose führen, und über die aggressive Politik von Regierungen oder Völkern läßt sich nichts vorhersagen. Doch Regierungen, Meinungen, Interessen, Freundschaften und Zeiten wechseln, und für die Stunde der Gefahr hält sich jeder souveräne Staat sein Heer zur Selbsterhaltung.

Endlich ist nicht zu übersehen, daß die revolutionären Lehren und Wühlereien von Osten her fast überall ihr übles Wesen treiben. Schon mehrmals versuchte die rote Saat in Europa und in Asien aufzuschließen, und je mehr die wirtschaftliche Not um sich greift, desto mehr Möglichkeiten für Kriegsgefahren sind gegeben. Und bekanntlich scheren sich gewissenlose Agitatoren — die auch die lautesten Schreier für die Wehrlosmachung der Staaten sind — keinen Pfifferling darum, ob sie ihr eigenes Land ins Kriegselend hineinstürzen.

Auch aus diesem Grunde haben wir alle Ursache, mit ganz besonderer Vorsicht das Problem der Abrüstung zu prüfen. —

Und nun die eigentliche, oder wenigstens vorgeschobene Begründung zu einer Verminderung der Militärausgaben in unserem Lande. Als schwerwiegendster Grund wird der Vertrag von Locarno ins Feld geführt. Dieser Vertrag soll die allgemeine Entspannung in Europa herbeiführen. *Soll* darf man doppelt unterstreichen; denn nicht einmal die elementarste Bedingung für die Ausführung des Vertrages, die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, wurde erfüllt. Bei der noch immer herrschenden Kriegspsychose, der Bündnispolitik, den politischen und wirtschaftlichen gegensätzlichen Interessen der Staaten, der geistigen Einstellung der Presse und der Staatsmänner, den häufigen Regierungswechseln, den Parteiinteressen und der im menschlichen Charakter liegenden Streitsucht, die in jedem Lande das politische und wirtschaftliche und sogar das gesellschaftliche Leben vergiftet, dürfte die Hoffnung auf den ewigen Frieden der Staaten unter sich eitel sein. Der große Gedanke und der vielseitig bewiesene Versöhnungswille, womit die Reibungsflächen vermindert werden, sollen darum nicht gering eingeschätzt

sein. Augenblicklich ist das Friedensbedürfnis der Staaten allgemein. Daneben verschlägt es wenig, wenn in irgend einem Erdenwinkel aus Prestigerücksichten oder im sogenannten allgemein zivilisatorischen Interesse oder aus wirtschaftlichen Gründen zur Beherrschung eines Ölgebietes oder zur Öffnung einer Weltverkehrsstraße ein Volk mit Krieg überzogen wird.

Das Sinken des Geldwertes, schlechter Geschäftsgang, Arbeitslosigkeit, ungeheure staatliche Verschuldung zwingen naturgemäß dazu, nach Mitteln zur Verminderung der Staatsausgaben zu suchen. Die Beschränkung der Ausgaben für die Heere erscheint somit als gegeben, umsomehr als die Satzungen des Völkerbundes eine Abrüstung vorsehen, und zwar offenbar in dem Sinne, wie sie durch die Friedensverträge den besiegten Staaten auferlegt wurde. Diese Staaten haben das vitalste Interesse an einer gründlichen Abrüstung der Siegerstaaten und ganz besonders derjenigen, die die allgemeine Wehrpflicht beibehielten.

So hat sich der Völkerbund ernsthaft demnächst mit der Frage der Abrüstung zu befassen. Das Werk der Abrüstungskonferenz wird für den ganzen Erdball von ungeheurer Bedeutung sein. Zunächst dürfte es empfehlenswert sein, sich ein ungefähres Bild zu machen über den Rahmen, der den Beratungen als Grundlage dienen soll. Nach Mitteilungen der Tagespresse sollen die nachfolgenden 7 Hauptfragen zur Diskussion kommen:

Frage 1. Was versteht man unter Rüstungen? a) Feststellen der verschiedenen militärischen, wirtschaftlichen, geographischen u. s. w. Grundlagen, von denen die Kriegsmacht eines Staates abhängt. b) Feststellung der Grundzüge, welche die Rüstungselemente eines Landes im Frieden bilden, und die verschiedenen Gebiete der Rüstungen.

Frage 2. a) Ist es möglich, die Rüstungen für den Krieg zu begrenzen, oder muß man nur die Friedensrüstungen ins Auge fassen? b) Was ist unter Beschränkung oder Verminderung der Rüstungen zu verstehen? Erörterung der Formen, wie diese Verminderung oder Begrenzung für die Land-, See- und Luftstreitkräfte durchgeführt werden kann. Vor- und Nachteile jeder Art dieser Methoden, z. B. Verminderung der großen Truppeneinheiten im Frieden oder Einschränkung der Präsenzstärken, des Materials, mit dem sie ausgerüstet sind, oder der bereiten, sofort verwendbaren Bestände, Herabsetzung der Dienstzeit bei der Fahne, Einschränkung des Kriegsmaterials und der für die nationale Verteidigung aufzuwendenden Geldmittel u. s. w.

Frage 3. Welche Regeln lassen sich aufstellen, um die Rüstungen eines Staates zu denjenigen eines andern in Vergleich zu bringen? Friedenspräsenz, Dienstzeit, Kriegsgerät, Geldaufwendung u. s. w.

Frage 4. Gibt es Offensivrüstungen und Defensivrüstungen? Kann man durch eine Methode feststellen, ob gewisse Kräfte lediglich

zu Verteidigungszwecken organisiert sind, welches immer der Verwendungszweck im Kriegsfall sein möge, oder ob Angriffsabsicht gleichzeitig damit verbunden ist?

Frage 5. a) Nach welchen Grundsätzen ist es möglich, das Rüstungsverhältnis für die einzelnen Staaten festzustellen, vor allem unter Berücksichtigung folgender Gesichtspunkte: Einwohnerzahl, Hilfsmittel, geographische Lage, Länge und Gestaltung der Ueberseeverbindungen, Dichtigkeit, und Art des Eisenbahnnetzes; Gefährdung der Grenzen und lebenswichtiger Zentralpunkte in Rücksicht auf ihre Lage; der Zeitaufwand der einzelnen Staaten, um vom Friedens- auf den Kriegszustand zu kommen; das Maß von Sicherheit, welches durch Verträge oder Sonderabmachungen geschaffen werden kann? b) Kann man zur Bestimmung der Rüstungseinschränkungen dadurch beitragen, daß man die Möglichkeit untersucht, geeignete Verfahren zu finden, die das rasche Einsetzen der gegenseitigen wirtschaftlichen und militärischen Hilfe gemäß Artikel 16 der Satzungen im Falle eines Angriffs erleichtert?

Frage 6. a) Gibt es ein Mittel, um zwischen Zivil- und Militärflugzeugen zu unterscheiden? Sofern die Unterscheidung unmöglich ist, wie kann man die Zivilflugzeuge als Verstärkung der Luftflotte eines Landes einschätzen? b) Ist es möglich oder wünschenswert, den Beschlüssen zu a eine Folge hinsichtlich der Ersatzteile oder der Maschinen zu geben?

Frage 7. Vorausgesetzt, daß die Abrüstung von der Sicherheit abhängt, bis zu welchem Grade läßt sich die örtliche Abrüstung als Folge der örtlichen Sicherheit durchführen? oder muß man den Standpunkt vertreten, daß jeder Abrüstungsplan undurchführbar ist, wenn er nicht in räumlicher Beziehung allgemein ist? Wenn örtliche Abrüstung durchführbar ist, kann man auf diesem Wege zur allgemeinen Abrüstung gelangen? —

Das reichhaltige Fragenschema erfordert zu nutzbringender Diskussion die lückenlose Kenntnis der Heereseinrichtungen und offenen und geheimen Rüstungen aller Staaten. Es liegt mir völlig ferne, zum vorneherein diese Herkulesarbeit als zum Scheitern verurteilt zu erklären. Allein leise Zweifel dürften doch aufsteigen hinsichtlich der Bereitwilligkeit und Ehrlichkeit der Konferenzteilnehmer, alle Karten ihrer Rüstungsgeheimnisse vor aller Welt aufzudecken. Das werden sie umsoweniger tun, als sie im Verlaufe der Diskussionen das Endergebnis nicht abzusehen vermögen. Vorsicht und Zurückhaltung in der Preisgebung eigener Vorteile werden die Richtlinien der Beratungen bleiben, und der Maßstab der proportionalen Rüstungszugeständnisse dürfte überhaupt nicht feststellbar sein. Als Vorbedingung zur Bewertung der Wehrsysteme inbezug auf Leistungsfähigkeit und Kosten müßte ein für alle Staaten völlig gleiches Prinzip der Heeresbeschaffung aufgestellt werden. Da diese Basis fehlt, kann von einer gleichmäßigen Abrüstung nicht die Rede sein.

Und solange der Völkerbund dem Abschluß von sogenannten Defensivbündnissen ohnmächtig gegenübersteht, bleibt jedes Gleichgewicht der Kräfte illusorisch. Schon ein flüchtiges Nachdenken über die Fragen, die der Abrüstungskommission vorgelegt sind, weist auf die mannigfachsten Klippen hin, an denen die Lösung scheitern kann. Es wäre gewiß sehr verdienstvoll, wenn sie in Offizierskreisen im Sinne einer Orientierung — soweit die verfügbaren Quellen es ermöglichen — Bearbeitung finden würden. Schon ganz allein die klare Auslegung des Sinnes einzelner Fragen begegnet Schwierigkeiten.

Vorläufig glaube ich aus den Weltabrüstungsplänen den Schluß ziehen zu dürfen, daß für uns nicht die mindeste Veraplassung vorliegt, in der Abrüstung allen übrigen Staaten voranzugehen und mit dem sogenannten guten Beispiel zu wirken. Fürs erste sind wir keine drohende Großmacht, sondern unserer ganzen Kraft, Veranlagung und Rüstung nach ganz ausschließlich auf eine reine Defensive mit teilweise sogar veralteten Kriegsmitteln eingerichtet. Zweitens haben wir Niemandem ein Beispiel zu geben; weder wird das von Jemandem verlangt, noch würde es von Jemandem befolgt.

Abgesehen nun von dem in jüngster Zeit sich breit machenden Abrüstungstaumel als Ausfluß der in Sicht gemeldeten Abrüstungskonferenz, werden auch bei uns finanzielle Gründe ins Feld geführt, um die Militärausgaben zu vermindern.

Der Sturm auf das Militärbudget wurde noch kaum jemals so wuchtig geführt, wie zu Ende des letzten Jahres. Auf Einzelheiten einzugehen erübrigt sich, da sie zur Genüge bekannt sind.

Und nun zum Schluß! Wo sind Ersparnisse zu machen, ohne Schaden für die Ausbildung, die Ausrüstung und die Kriegsbereitschaft?

Es kann nicht meine Aufgabe sein, an Hand des Voranschlages der Eidgenossenschaft die Berechtigung oder Ueberflüssigkeit von Ausgabeposten in den verschiedenen Departementen vorzuführen. Dieses Vorgehen wäre viel zu mühevoll und zu zeitraubend. Außerdem erhöhen sich, sobald ein Ausgabeposten angefochten würde, gewichtige Stimmen zu seiner Beibehaltung. Wie oft wurde schon in der vernünftigen Presse das Subventionenunwesen scharf kritisiert, und doch werden die Posten für Subventionen von Jahr zu Jahr vermehrt. Und statt daß die Kantone laut Bundesverfassung an die Ausgaben des Bundes beizutragen hätten, ist es der Bund, der von den Kantonen tüchtig ausgepumpt wird, trotzdem einige derselben ihre Jahresrechnungen mit Einnahmeüberschüssen abschließen.

Im Militärwesen Millionenersparnisse zu machen, ist nur möglich bei einer Aenderung des Organisationsgesetzes. Wohl verlangten Mitglieder der Bundesversammlung schon jetzt wesentliche Ersparnisse, wobei allerdings auch der Grundsatz proklamiert wurde, die Ersparnisse dürften nicht zu Lasten der Ausbildung und der allgemeinen Kriegsbereit-

schaft fallen. Die Debatten und Abstimmungen über die Ldw. W.-K., die Soldfrage und die Schuhfrage in der vergangenen Session zeigten aber deutlich genug, wie weit man obigem Grundsatz nachzuleben gewillt ist; denn die beiden letzten Traktanden hatten tatsächlich gar nichts mit der Schlagfertigkeit der Armee zu tun.

Der Gedanke ist aufgetaucht, es möchte vorläufig das Rekrutenkontingent etwas vermindert und vielleicht später überhaupt zu einem andern Modus der Rekrutierung übergegangen werden. Das Erstere könnte durch eine schärfere Rekrutierung inbezug auf physische und intellektuelle Eignung erreicht werden, Letzteres nur mit Aufgabe der allgemeinen Wehrpflicht.

Zweifellos liegt es im höchsten Interesse des Staates, daß die Rekrutierung mit aller Sorgfalt betrieben wird. Die finanziellen Folgen für Fehlrekrutierungen fallen schwer ins Gewicht, und für die Armee sind untauglich werdende Wehrmänner nutzlos. Man darf also einer scharfen Rekrutierung nur zustimmen, sofern sie nicht etwa darauf ausgeht, die Gesamtzahl der zu Rekrutierenden nicht über ein gewisses Maximum hinausgehen zu lassen.

Unbedingt gesetzwidrig wäre die Festsetzung einer Maximalzahl von Rekruten, die aus Ersparnisrücksichten erheblich unter die Mittelzahl der normalerweise Rekrutierten heruntergehen würde. Das wäre die Verleugnung der allgemeinen Wehrpflicht, die sich sicherlich unser Volk nicht bieten lassen würde. Jeder Einbruch in die allgemeine Wehrpflicht führte zum Klassen- und Kastenheer, zu einer Institution, für die unser Volk kein Verständnis hätte und die im Kriege sicher versagen müßte.

Es sind von verschiedenen Seiten schon Vorschläge aller Art gemacht worden, um einige 1000 Fr. im Militärbudget zu sparen. Sofern die Ausgaben auf Gesetzen beruhen, darf solange nicht daran gerüttelt werden, als nicht deren Ueberflüssigkeit für die Schlagfertigkeit der Armee genau bewiesen ist. Es kann nicht genug betont werden, daß die Unterdrückung der Landwehr-W.-K. eine offenkundige Gesetzesverletzung zum Schaden der Schlagfertigkeit der Armee bedeutet. Es kann zugegeben werden, daß da und dort einige Ersparnisse im Militärwesen zu machen wären, die aber durch notwendige Anforderungen in anderer Richtung wieder ausgeglichen würden. Immerhin sollten die Sparmänner ihren Ruf nicht einseitig aufs Militär vereinigen, sondern mit ebensolcher Wucht — auch auf die Gefahr der Unpopularität hin — auf alle Staatsausgaben ausdehnen.

Daß es dem Militär ernst ist mit dem Sparen, beweisen die spärlichen Mittel, mit denen man in den meisten unserer Schulen und Kurse auskommen muß. Denn zweifellos ließe sich mit mehr Geld noch wesentlich mehr für die feldmäßige Ausbildung herausbringen.

Dabei darf ich nicht unbetont lassen, daß in maßgebenden Kreisen keineswegs die Ueberzeugung herrscht, die Kriegsbereitschaft der

Armee sei auf der wünschenswerten Höhe angekommen, um die Zulässigkeit erheblicher Einsparungen zu rechtfertigen.

Droht Gefahr, erweist sich die Rüstung als mangelhaft, so werden die Führer gerade von denjenigen für Unterlassungen verantwortlich erklärt werden, welche die Mittel zur Schärfung des Kriegsinstruments nicht bewilligt hatten.

Die Schlußfolgerungen meiner Ausführungen ziehe ich in folgenden Sätzen zusammen:

1. Die gegenwärtige Weltlage ist nicht dazu angetan, um auf Jahre hinaus das friedliche Einvernehmen der Staaten Europas voraussehen lassen zu können. So lange die Staaten Europas mächtige Friedensheere unterhalten, die sie im Kriege verdrei- und vervierfachen können, müssen wir unser Milizheer aufrecht erhalten. Es bildet weder in seiner Organisation noch in seiner Zahl eine Bedrohung für irgend einen Nachbarn und ist zu rein defensivem Zwecke bestimmt. Es begnügt sich mit einem Minimum an militärischer Ausbildungszeit und modernem Kriegsmaterial und ist deshalb eher als eine vaterländische Mannes- und Erziehungsschule anzusprechen. Auf dieses Erziehungsmittel kann unsere Demokratie nicht verzichten, ohne Selbstmord zu begehen.

Von einer teilweisen Abrüstung im Sinne einer Verminderung des Rekrutenkontingents, einer Schädigung der Ausbildungsdauer oder Kürzung der Mittel für die Ausbildung oder auch Verweigerung der als notwendig erkannten Kriegsmittel (Waffen, Gerät) darf keine Rede sein.

Die gültigen Gesetze sind auch im Militärwesen rücksichtslos durchzuführen.

2. Bevor die Beschlüsse der Abrüstungskonferenz bekannt sind und die sichere Gewähr geboten ist, daß sie auch durchgeführt werden, bleibt für uns eine Diskussion über eine teilweise Abrüstung gegenstandslos. Sie würde nur zu einer Verwirrung der Geister führen.

3. Im Interesse der Wohlfahrt, der wirtschaftlichen sowohl als militärischen Sicherheit unseres Landes liegt eine weise Finanzgebarung. Darum Sparen in allen Departementen!

Die Armee ist sich bewußt, mit knappen Mitteln bedacht zu sein und damit auskommen zu müssen, trotzdem damit die wünschenswerte und für einen Kampf um die Existenz notwendige Kriegsbereitschaft nicht voll erreicht werden kann.

Die Armee wird aber auch fernerhin bestrebt sein, mit diesen Mitteln, wie bisanhin, den größten Nützeffekt herauszubringen.

Um dieses Ziel zu erreichen, muß sie — als wirkliches Volkshoer — auch des Vertrauens des ganzen Volkes sicher sein.

Und auf diesen letzten Satz möchte ich ganz besonders hinweisen, weil es Aufgabe der Offiziere ist, in allem und jedem, was Ausbildung und Erziehung betrifft, es sich immer und überall an-

gelegen sein zu lassen, durch strenge Pflichterfüllung, Beispiel, das uneingeschränkte Vertrauen des Volkes zu erhalten und zu festigen.

Das Volk ist militärfreundlich und zu Opfern im Militärwesen jederzeit bereit. Es will mit Freuden seine Männer den Offizieren anvertrauen, die aus dem gleichen Volke stammen; es will aber auch die Gewißheit haben, daß das gebrachte Opfer sich lohnt und Zeit und Geld gut angewendet sind.

Arbeiten wir in diesem Sinne, bleiben wir uns unserer hohen Aufgabe und unserer Verantwortlichkeit bewußt, dann braucht uns um die Stimmung im Volke nicht bange zu sein, und die Armee wird ein kräftiges Bollwerk nach außen und die Schützerin unserer Institutionen im Innern bleiben, zum Segen des Landes!

Der Kommandant und sein Nachrichtenoffizier.

Auszug aus einem Vortrag von Oberstlt. i. Gst. *Isler*, Bern.

Aus den Ereignissen der Manöver letzter Jahre läßt sich wohl vor allem die eine Erfahrungstatsache ableiten: die Rolle des Nachrichtenoffiziers war in den verschiedenen Stäben noch eine recht verschiedene, und die Ausführung der Aufträge durch die Nachrichtenoffiziere wies ebenfalls erhebliche Kontraste auf, je nach persönlicher Auffassung des Kommandanten und des Nachrichtenoffiziers und je nach der Möglichkeit zur Vorbereitung für diesen speziellen Dienstzweig.

Ich möchte allerdings nicht die Behauptung aufstellen, daß nur nach bestimmtem Schema gearbeitet werden solle. Neben Intelligenz, Energie, Initiative verlangt der Nachrichtendienst auch ein gewisses Maß von taktischem Verständnis, Erfahrung und Anpassungsfähigkeit, sowie Kenntnis der Leistungsfähigkeit der modernen technischen und auch der lebendigen Nachrichtenmittel. Alle diese Fähigkeiten können nicht zum vorneherein bei jedem neu zugeteilten Nachrichtenoffizier in ganz bestimmtem Maße vorausgesetzt werden. Die Uebertragung von Aufgaben, die viel Selbständigkeit erfordern, wird daher wesentlich davon abhängen, wieweit das Vertrauen des Kommandanten in die Leistungsfähigkeit seines Nachrichtenoffiziers bereits vorhanden ist.

Wenn also eine rationelle Arbeitsteilung im Nachrichtendienst eines Stabes nicht eine feste, ein für allemal gültige Organisation bedingt, so ist andererseits die Arbeit des Nachrichtenoffiziers nicht nur den Interessen des eigenen Stabes anzupassen. Sie dient indirekt auch anderen Kommandostellen, oben, unten und bei Nebentruppen. Die Notwendigkeit einer gewissen Harmonie im Nachrichtendienst durch alle Stäbe hindurch bedingt daher wenigstens die Berücksichtigung eines gewissen Systems.